

Bürgermeister von Kalamáta will Solidarklinik vertreiben

In Kalamáta/Griechenland gibt es eine **Soziale Solidarklinik**, die Bedürftige kostenlos medizinisch versorgt. Sie versorgt sie in ihren eigenen Arztpraxen fürs erste, und schwierige Fälle werden an das Unterstützernetz niedergelassener kommerzieller Ärzte in Kalamáta und Umgebung überwiesen, die diese dann kostenlos behandeln. Alles geschieht ehrenamtlich, auch das von der Stadt ihr überlassene Gebäude wurde 2012 ausschließlich durch ehrenamtliche Arbeit von Handwerker_innen und Freiwilligen renoviert.

Die Soziale Solidarklinik war die „Antwort“ auf die von Deutschland und der EU in Griechenland durchgesetzte Sparpolitik. Die griechischen Schulden, die die griechischen Eliten gemacht hatten, sollten von den Arbeiter_innen, Angestellten und kleinen Unternehmer_innen Griechenlands bezahlt werden, die für diese Schulden gar nichts konnten. Die umfangreichen Senkungen der Masseneinkommen führten zu einer starken Schrumpfung der griechischen Wirtschaft und einer riesigen Massenarbeitslosigkeit von 26% geführt. Damit waren plötzlich eine große Menschen ohne medizinische Versorgung weil Arbeitslosen, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit, nicht mehr krankenversichert waren.

(Zwischenüberschrift:) *„Die Lage im Gesundheitssystem erinnert an ein bombardiertes Gelände. (griech. Gesundheitsminister).“*

Die Antwort der Solidarklinik darauf war (und ist): **„Niemand darf ohne Gesundheitsvorsorge bleiben!“**, egal welcher Nationalität er ist oder wie legal der Aufenthaltsstatus ist. Dies im Kontrast zur „Solidarität nur für Griechen!“ der Naziartei „Goldene Morgenröte“.

2016 nun beschloss das griechische Parlament, dass alle Unversicherten wieder in den staatlichen Krankenhäusern behandelt werden durften, wenn sie eine Sozialversicherungsnummer (AMKA) vorweisen konnten. Trotzdem stieg die Zahl der Patienten; die Ursachen:

- Zu hohe Selbstbeteiligungen bei Medikamenten.
- Zu wenige Fachärzte in den staatlichen Krankenhäusern.
- Zu hohe Wartezeiten in akuten Fällen wegen dort fehlendem Personal und fehlenden Medikamenten.
- Zu hohe Nachzahlungen bei der Beantragung einer Sozialversicherungsnummer, so dass viele, vor allem Frauen und Kinder keine solche Nummer und damit keine medizinische Versorgung bekommen.

Trotz dieser Situation versucht der Bürgermeister Kalamátas, Panayiótis Níkas von der „Neuen Demokratie“, die Solidarklinik aus ihrem Gebäude zu vertreiben, das er anders verwenden will.

Schon früher hatte sich die selbstverwaltete und unabhängige Solidarklinik, dagegen wehren müssen, unter die Fuchtel des Bürgermeisters zu kommen. Rechtzeitig hatte sie daher Ersatzräume vorgeschlagen, die aber der Bürgermeister alle ablehnte. Was er ihr anbietet, ist ein Raum für eine Arztpraxis mit Vorraum; die Solidarklinik braucht aber Räume für eine internistische, eine pädiatrische Praxis, eine Zahnarztpraxis, eine Apotheke, ein Apothekenlager, ein Sekretariat und einen Empfangs- und Warteraum. Seinem Angebot, für Räume ihrer Wahl 6000€ Jahresmiete zu zahlen, traut die Solidarklinik, die nur von Spenden lebt, nicht, – zu oft hatte er Zusagen nicht eingehalten.

Sie erklärt: **Wir werden niemals aus unseren bisherigen Räumen weichen, bevor wir nicht Räume bekommen, die unseren jetzigen entsprechen.**

Daher hat der Vorstand von Attac Region Böblingen ein Protestschreiben einstimmig beschlossen - es kann unterschrieben werden.